Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsträgern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommun. Genossenschafter / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2.50 M. (halbmonatl. 1.25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16—18 Uhr, Sonnabends 13—14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. Für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 29. Januar 1929 — Nummer 24

Schwere Niederlage Englands in Afghanistan

Aman-Ullah übernimmt wieder die Regierung

Berlin, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Die Berliner afghanische Gesandtschaft teilt mit, daß Aman-Ullah, der mit Rücksicht auf das Wohl der Nation auf den Thron zugunsten seines älteren Bruders Inayad-Ullah verzichtete, nach dem Mißerfolg seines Bruders bei breiten Bevölkerungsschichten wieder die Regierung zum Schutze der nationalen Interessen in seine Hand genommen hat. Kandahar wird als der Sitz der Regierung erklärt. Wie der Daily Expreß berichtet, ist die Flucht Habib-Ullahs **täglich zu erwarten. Die aufständischen Schiwari- und die Kurtistämme rücken weiter von Zella Labad her östlich und nördlich auf Kabul an. Sie haben den Truppen Habib-Ullahs schwere Verluste beigebracht und sie bis auf die Hauptstadt zurückgeschlagen.**

Der englische Gesandte in Kabul rüstet zur Flucht, zumal selbst ein Teil der englischen Presse seine Abberufung fordert, wobei sie offen zugibt, daß die englischen Behörden den konterrevolutionären Aufstand unterstützt und begünstigt haben.

Die neuesten Nachrichten aus Afghanistan zeigen eins mit **aller** Deutlichkeit: den **erstarkenden revolutionären Widerstand der afghanischen Volksmassen** gegen die offenkundige Absicht **Englands**, das Land, das in blutigen Kämpfen sich seine Unabhängigkeit **erobert** hat, wieder ins Joch zu zwingen.

Sicherlich haben die **Sympathiekundgebungen der unterdrückten** Massen Indiens **nicht unwesentlich dazu beigetragen**, die **Widerstandskraft** und den Kampfwillen des afghanischen Volkes **zu stärken**.

Die große Bedeutung des nationalrevolutionären Kampfes in Afghanistan liegt darin, daß er nicht isoliert ist, sondern sich **deutlich** als Auftakt zu einer neuen Welle nationaler Revolutionen in Asien erweist.

Aus China treffen Nachrichten ein, die das Wiederaufflammen der Revolution ankündigen. **Arbeiteraufstände, Streiks, politische** Demonstrationen sind seit einiger Zeit in ganz China **wieder** an der Tagesordnung. Indien wird geschüttelt von **einer** revolutionären Krise, **deren Ausbruch** unvermeidlich bevorsteht.

Der allindische Gewerkschaftskongreß der vor wenigen Tagen stattgefunden hat, stand völlig im Zeichen der beschleunigten Zuspitzung der Klassengegensätze und der revolutionären Krise. In **allen** indischen Industriezentren stehen die Arbeiter seit Monaten **in** heftigen Lohnkämpfen, die teilweise bereits zu gewaltigen Streikbewegungen geführt haben. In Arabien droht in der nächsten Zukunft der Ausbruch eines nationalrevolutionären Krieges gegen England und seine Vasallenstaaten Irak und Transjordanien.

Diese Ereignisse bestätigen in ihrer Gesamtheit mit überzeugender Gewalt die Richtigkeit der Analyse der Weltlage durch **den** letzten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der als das Charakteristische der gegenwärtigen geschichtlichen Periode die **allseitige Verschärfung der Widersprüche und** Gegensätze hervorhob und die Zuspitzung des Klassenkampfes, eine neue Welle kolonialer Revolutionen, die Verschärfung der zwischenimperialistischen Gegensätze, die beschleunigte Unterhöhlung und Zermürbung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus voraussagte.

Dieser Zusammenhang unterstreicht die gewaltige Bedeutung der gegenwärtigen revolutionären Kämpfe in Afghanistan.

Noch sind die Kämpfe nicht abgeschlossen, noch ist der Ausgang nicht entschieden. Das internationale Proletariat verfolgt mit größter Aufmerksamkeit und brüderlicher Solidarität den Heldenkampf des afghanischen Volkes gegen den englischen Imperialismus, der das Land wieder unter das englische Joch zwingen soll. Es begrüßt jeden Erfolg der revolutionären Volksmassen in Afghanistan, jede Niederlage Englands, des stärksten Horts der internationalen Reaktion mit Freude und Sympathie für die nationalrevolutionären Kämpfer.

Die ostoberschlesischen Bergarbeiter wollen streiken

TU. Kattowitz, 28. Jan. Die am Sonntag in Kattowitz stattgefundene Betriebsrätetagung der ostoberschlesischen Bergarbeiter **nahm einen äußerst stürmischen Verlauf.** Die Erklärung des Arbeitsministers, wonach die Lohnforderungen der Bergarbeiter auf politischen Beweggründen beruhen, wurde mit scharfer Entrüstung zurückgewiesen. Es wurde betont, daß die oberschlesischen Bergarbeiter, als es nötig war, viel mehr **als** Vaterlandsliebe bewiesen hätten, als mancher der heutigen Minister. Weiter wurde das Verhalten des Regierungsblattes, der „Polska Zachodnia", verurteilt, die behauptete, daß die Bergarbeiterschaft kein Anrecht auf eine Lohnerhöhung habe. Nach mehrstündiger Aussprache wurde einstimmig beschlossen, den Lohnvertrag zu kündigen und am 11. Februar in den Generalstreik zu treten, falls bis dahin keine Einigung in der Lohnfrage erzielt sein sollte. **Gleichzeitig wurden die Betriebräte beauftragt, schon jetzt Streikausschüsse zu bilden, die den Generalstreik durchführen sollen.** Ferner soll mit den Bergarbeiterverbänden in anderen Bezirken verhandelt werden, um die dortigen Arbeiter zu einem Sympathiestreik aufzufordern. Man will auch versuchen, mit dem Verband der Hütten- und Metallarbeiter Fühlung zu nehmen, um auch von dieser Seite eine Unterstützung zu erlangen.

Hilferdings „Steuerentlastung"

für Trustkapital und Hausbesitz

Zur ersten Beratung des Steuervereinheitlichungsgesetzes

Dem Reichstag liegt jetzt ein Gesetz von weittragendster steuerpolitischer Bedeutung für den neudeutschen Imperialismus zur Beratung vor, das Steuervereinheitlichungsgesetz. Um es vorweg zu sagen: man soll diesem Gesetz, das im Entwurf 56 enggedruckte Quartseiten zählt und dessen Begründung sogar 238 Seiten desselben Formats umfaßt, den Titel Steuerhinterziehungs-Vereinfachungsgesetz geben, denn es legalisiert nicht nur die berüchtigte Praxis der besitzenden Klasse, sondern es regelt sich in Zukunft von Reichs wegen. Aber darüber hinaus beschert es nach seinem Inkrafttreten (1930) dem Hausbesitz neue Millionengeschenke auf Kosten der Mieter.

Das Gesetz umfaßt drei Steuerarten: Die Grundsteuer, die Gewerbesteuer und die Hauszinssteuer (Gebäudeentschuldungssteuer) und regelt in weiteren Gesetzen die Technik des neuen Erhebungsverfahrens und schließlich die sich daraus ergebenden Veränderungen in der Personalpolitik der Steuerverwaltung (Uebertritt von Länder- und Gemeindebeamten in den Reichsdienst). Es sind Rahmengesetz, die die Besteuerungsgrundlagen und die Meßziffern der formell weiter als Ländersteuer erhobenen oben erwähnten Abgaben reichsgesetzlich festlegen und vereinfachen sollen. Es wird hier der Weg fortgesetzt, der mit der Reichssteuerreform 1925 beschritten wurde, und auf dem nunmehr auch die letzten, noch nicht reichsgesetzlich geregelten Realsteuern der Länder erfaßt werden sollen. Da diese Steuern bisher ganz oder teilweise den Gemeinden übertragen werden und zu ihren Haupteinnahmequellen gehören, wird sofort klar, daß es hier um die Selbstverwaltung und die Finanzen der Gemeinden geht — und damit, auf der Ausgabeseite, um die kommunale Sozialpolitik.

Die Kommunisten lehnen alle drei Steuerarten ab, da sie auf die Massen abgewälzt werden. Das gilt sowohl für die Grundsteuer als auch für die Gewerbesteuer. Besonders aber für die Hauszinssteuer, diese unsozialste aller Steuern. Eine Durchsicht des Entwurfs und seiner Begründung zeigt, daß an dem mieterfeindlichen Charakter dieser Steuer nicht nur nichts geändert, sondern daß er sogar noch verschärft wird. Die Hauszinssteuer wird ab 1930, nachdem sie von den Ländern bisher verschieden erhoben wurde, zentral für das ganze Reich geregelt unter Zugrundelegung der Friedensmiete. Beibehalten bleibt die Verwendung dieser Steuer in der Hauptsache für den „allgemeinen Finanzbedarf", das heißt für Polizei und Justiz, auch wenn vorgeschrieben wird, daß die Hälfte der auf insgesamt 1550 Millionen ab 1930 geschätzten Einkünfte zur „Förderung der Bautätigkeit" verwandt werden soll. Es bleibt, wie bisher, daß diese Steuer, die in eine Sacherhaltungssteuer und eine Entschuldungssteuer zerfällt, schematisch ohne Rücksicht auf die werktätige Bevölkerung und ohne stärkere Heranziehung der bemittelten Schichten erhoben wird. Es kommt hinzu, daß in Zukunft keine Stundungen mehr zulässig sind, die Hausbesitzer aber erhalten noch größere Millionengeschenke als bisher, die ihnen die Mieter als Tribut darzubringen haben.

Gegen die Hauszinssteuer muß daher auch in der neuen Form der schärfste Kampf geführt werden, auch wenn die SPD zur Verschleierung ihrer prinzipiellen Linie der steuerlichen Belastung der Massen auf angebliche „Verbesserungen" verweisen sollte. Die kommunistische Reichstagsfraktion wird nicht nur für die Beseitigung dieser Steuer mit allem Nachdruck eintreten, sondern bei Ablehnung dieses Antrages klare Abänderungsanträge stellen, die im Interesse der proletarischen Mieter liegen.

Das ganze sogenannte Steuervereinheitlichungsgesetz liegt in der Linie der immer stärkeren Massenbesteuerung einerseits und der Besitzsteuermilderung anderseits, die durch Hilferdings neues Steuerprogramm erst wieder in diesen Tagen sinnfällig demonstriert wird. Gleichzeitig drosselt es die Finanzen der Gemeinden noch mehr und liefert diese vollkommen dem Diktat der Industrie und dem guten Willen des „Vater Staat" aus.

Die Gemeinden fragen nicht danach, ob eine Steuer abgewälzt wird. Für sie ist maßgebend der finanzielle Effekt einer Steuer, der sich schließlich in ihren Kassen realisiert und für kommunale Zwecke verwandt werden kann. Das kann auch nicht anders sein, solange es ein kapitalistisches Steuersystem gibt, das sich immer in der Richtung der Abwälzung der Lasten durch die Reichen auf die Armen auswirkt. Aber es gibt Steuern, die nicht oder schwer abzuwälzen sind, wie die Grund- und Gewerbesteuer, zum Beispiel die Erbschafts-, Vermögens-, Körperschafts- und Einkommensteuer. Der kapitalistische Staat denkt natürlich gar nicht daran, diese wirklich den Besitz treffenden Steuern radikal zu erhöhen und hieraus größere Ueberweisungen an die Länder zu leiten, sondern verweist die Gemeinden auf die Ausnutzung der abwälz-

Feste Front bei den Textilarbeitern

Die Reformisten vermitteln Streikbrecher

Gera, 29. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Aussperrungsdiktat der sächsisch-thüringischen Webereibesitzer hat nicht nur bei den Textilarbeitern, sondern bei der gesamten werktätigen Bevölkerung größte Empörung ausgelöst. Die Arbeiterschaft ist gewillt, in den Kampf für ihre Forderungen bis zum Ende auszuharren. **Die Bezirksleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes erläßt einen Aufruf, in dem es neben nichtssagenden Redensarten von Angriffen gegen die Kommunistische Partei wimmelt. In dem Aufruf erklären die reformistischen Bureaukraten ausdrücklich den Unternehmern: Die freien Gewerkschaften stehen nicht in einer Front mit den Tendenzen der Kommunistischen Partei.**

In keiner Weise wurde der Kampf von den Reformisten vorbereitet. Drei Monate dauerte der tariflose Zustand überhaupt. Sie überließen den Unternehmern die Initiative und warten jetzt nur noch auf das Eingreifen des Schlichters.

Die Reformisten scheuten sich sogar nicht, Streikbrecher aus Sachsen und Thüringen in das bestreikte Gebiet zu schicken. Unter Drohung des Unterstützungsentzugs wurden von einem Geraer Arbeitsnachweisangestellten, der Mitglied der SPD ist, Streikbrecher für München-Bernsdorf angeworben. Sogar das Wohlfahrtsamt Gera, das einem Sozialdemokraten untersteht, zwang Unterstützungsempfänger zum Streikbruch.

Weiter wurden auf dem Arbeitsamt Chemnitz, das unter Leitung des früheren Gewerkschaftssekretärs Siegert steht, von dem Leiter der Abteilung Textil arbeitslose Weber nach der Möbelstoffabrik Dehler in Elbersdorf geschickt mit der Bemerkung, daß diese Firma Arbeiter nach Gera suche. **Als sich darauf drei Weber bei der Firma Dehler meldeten, mußte der Vertreter der Firma zugeben, daß vor dem Betrieb in Gera, für den die Arbeiter vermittelt werden sollten, Streikposten stehen.**

Der Riesenkampf der Weber zeigt schon in den ersten Tagen die Rolle der Reformisten. Während die Arbeiter von der gesamten werktätigen Bevölkerung unterstützt werden, treibt die Gewerkschaftsbureaukratie offene Sabotage, schmutzt sich bei den Unternehmern an, indem sie den Kampf gegen die Kommunisten führt und geht sogar dazu über, Streikbrecher zu vermitteln. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer setzen damit die Linie fort, die sie in der Lohnbewegung der sächsischen Textilarbeiter durchgehalten haben. Immer noch streiken die Akkordweber in Kamenz und Großröhrsdorf, ohne daß die Kampfbasis verbreitert wird. In allen Textilorten Ostsachsens wächst die Empörung der Arbeiter über die Frechheiten der Unternehmer. In dieser Situation sehen die Reformisten ihre vornehmste Aufgabe darin, die Kämpfe zu isolieren und die Beschlüsse der Arbeiter zu sabotieren.

Der Kampf der Textilarbeiter kann nur gewonnen werden, wenn den Machinationen der Gewerkschaftsbureaukratie die geschlossene Front aller Arbeiter unter Führung der Opposition entgegengestellt wird.

Schwedische Gelder für die streikenden Hafenarbeiter in Finnland

TU. Kopenhagen. Nach Meldungen aus Stockholm hat das Sekretariat der Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften beschlossen, den streikenden Hafenarbeitern in Finnland 100 000 Kronen als Unterstützung zu überweisen. Ferner sollen die schwedischen Gewerkschaften aufgefordert werden, Sammlungen für diesen Zweck einzuleiten und selbst besondere Beiträge zu bewilligen.